

Der Marsch der Klima-Agenda durch die Institutionen: Kann er aufgehalten werden?

geschrieben von Chris Frey | 13. Januar 2025

[Tilak K. Doshi](#)

Eine Reihe von Berichten in den Medien hat in letzter Zeit auf bemerkenswerte Weise gezeigt, wie die globalistische politische Agenda des klimaindustriellen Komplexes wichtige internationale Institutionen vereinnahmt und ihre ursprünglichen organisatorischen Ziele pervertiert hat. Ursprünglich dienten diese Institutionen weitreichenden, lobenswerten Zielen für das Wohlergehen der Menschheit, doch im Laufe der Jahre wurden sie unterwandert, um den hartnäckigen pseudowissenschaftlichen Behauptungen der Klimaalarmisten zu dienen.

Die Korrumpierung der globalen Institutionen hat wiederum zu erheblichem Widerstand geführt, der sich nun bemerkbar macht. Es besteht die Aussicht auf eine neue Trump-Regierung, die den Behauptungen über eine angebliche Klimakrise erklärtermaßen skeptisch gegenübersteht und die Absicht hat, das Pariser Abkommen der Vereinten Nationen und sein politisches Ziel „Netto-Null bis 2050“ ein zweites Mal aufzukündigen. Dies stellt eine willkommene Herausforderung für diese korrupten Institutionen dar. Werden Präsident Trump und einige der populistischen Parteien in Europa in der Lage sein, der eingefahrenen globalistischen Klima-Agenda etwas entgegenzusetzen?

Die Weltbank

Am 17. Oktober veröffentlichte Oxfam einen Bericht mit der schockierenden Feststellung, dass bis zu 41 Milliarden Dollar an Klimageldern der Weltbank – fast 40 % aller von der Bank in den letzten sieben Jahren ausgezahlten Klimagelder – „zwischen dem Zeitpunkt der Projektgenehmigung und dem Zeitpunkt des Projektabschlusses nicht verbucht wurden“. Mit anderen Worten: Niemand weiß, wie das Geld verwendet wurde. Es gibt keine Unterlagen, aus denen hervorgeht, wohin das Geld geflossen ist oder welche Ergebnisse damit erzielt wurden.

Grüne Vetternwirtschaft, angefangen beim Solyndra-Debakel – der Verschwendung von fast einer halben Milliarde Dollar an Steuergeldern für ein gescheitertes Solarparkprojekt unter Präsident Obama – bis hin zu Präsident Bidens doppelzüngigem Inflation Reduction Act, der eine geschätzte Flut von Subventionen in Höhe von 1 Billion Dollar für begünstigte „grüne“ Industrien auslösen wird, ist nichts Neues. Aber es ist aufschlussreich, den Niedergang der Weltbank von ihren ehrenwerten Gründungszielen bis zu ihrem aktuellen Status als eine weitere

Institution zu verfolgen, die grüne Anliegen vertritt.

Dr. Jim Yong Kim, der die progressiven Tugenden von Präsident Obama reflektiert, der ihn 2012 zum Präsidenten der Weltbank ernannte, verhängte 2013 ein Verbot der Finanzierung von Kohlekraftwerken. Darauf folgte ein Verbot von Investitionen in alle neuen Projekte zur Erschließung von Öl- und Gasvorkommen. Der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Deepak Lal, ein ehemaliger Forschungsadministrator der Bank, **bemerkte** dazu, dass Dr. Kim ungläubig „die von seinen eigenen Wirtschaftsmitarbeitern erstellten Kosten-Nutzen-Schätzungen für Kohlekraftwerke gegenüber Solar- und Windenergie über den Haufen warf und dies mit dem Wunsch begründete, die globalen Treibhausgasemissionen zu senken.“

Die Einwände der Weltbank gegen die Nutzung fossiler Brennstoffe trotz ihrer Bedeutung für das Wirtschaftswachstum und die Armutbekämpfung – eigentlich die grundlegenden institutionellen Ziele der Bank – lassen sich auf die intellektuelle Entwicklung der Leitung der Bank unter James Wolfensohn während seines Jahrzehnts als Präsident (1995 – 2005) zurückführen. Wolfensohn schlug den Bogen vom alten zum neuen Regime. Das alte Regime wurde durch den „Washingtoner **Konsens**“ der freien Märkte, der liberalen Handelsregelungen, des soliden Geldes und des Unternehmertums im Zusammenhang mit dem klassischen Liberalismus von Adam Smith repräsentiert.

Das neue intellektuelle Umfeld des Managements der Weltbank – verkörpert durch Joseph Stiglitz, Chefökonom der Weltbank (1997-2000) – wurde durch das theoretische Versagen des freien Marktes bestimmt, insbesondere bei der Berücksichtigung der angeblichen negativen Klimaauswirkungen der Nutzung fossiler Brennstoffe. Stiglitz, ein Klima-Alarmist, schrieb 2015 in einem **Gerichtsschriftsatz** für eine gescheiterte Klimaklage, die im Namen einer Gruppe von Kindern gegen die US-Bundesregierung eingereicht wurde, dass „die auf fossilen Brennstoffen basierende Wirtschaft der Gesellschaft ‚unkalkulierbare‘ Kosten auferlegt und sich der Umstieg auf saubere Energie auszahlen wird.“

Rupert Darwall, ein ehemaliger Berater des britischen Finanzministers und Autor von **Green Tyranny**, fasst den Verrat der Weltbank an ihren Gründungszielen wie **folgt** zusammen:

Die Mission der Weltbank wurde von grünen Ideologen mit der Behauptung untergraben, dass eine kohlenstoffarme Welt den Armen der Welt zugute kommt, aber nicht anerkennen, dass eine Verteuerung der Energie die Armut vergrößert. Die Weltbank bezeichnet sich selbst als „Arbeit für eine Welt ohne Armut“... Bei ihrer Entscheidung zwischen Entwicklung und Nachhaltigkeit hat die Weltbank beschlossen, zu versuchen, den Planeten auf dem Rücken der Armen zu „retten“.

Indem sie ihre Gründungsprinzipien für die Linderung der weltweiten Armut aufgegeben hat, hat die Weltbank unter den multilateralen

Finanzinstitutionen eine führende Rolle bei der Verweigerung umfangreicher Finanzmittel für ärmere Länder übernommen. Sie hat heuchlerisch ihr Veto gegen das Recht der Entwicklungsländer eingelegt, den Weg des Wirtschaftswachstums und der Umweltverbesserung einzuschlagen, den die heute reichen Länder seit der industriellen Revolution vor zwei Jahrhunderten erfolgreich beschritten haben. Die obsessive Unterstützung der Bank für intermittierende, ertragsschwache erneuerbare Energien wie Solar- und Windenergie geht auf Kosten ihrer zentralen Charta, den Armen zu helfen – ein Vorgang, der nur als ungeheuerlich ungerecht bezeichnet werden kann.

Der IPCC

Der IPCC gab am 6. Dezember vor Beginn eines „Scoping“-Treffens in Kuala Lumpur mit mehr als 230 Experten aus 70 Ländern eine [Pressemitteilung](#) heraus, um Entwürfe für die Beiträge der Arbeitsgruppen zum siebten Sachstandsbericht des IPCC der Vereinten Nationen (der 2029 fertiggestellt werden soll) zu erarbeiten. In der Pressemitteilung behauptet der IPCC, dass die Verbrennung fossiler Brennstoffe durch den Menschen „zu häufigeren und intensiveren extremen Wetterereignissen geführt hat, die zunehmend gefährliche Auswirkungen auf Natur und Menschen in allen Regionen der Welt haben“. Dies steht im [Widerspruch](#) zur bisherigen Position des IPCC, die besagt, dass fast alle Arten von extremen Wetterereignissen nicht mit Sicherheit auf menschliche Aktivitäten zurückgeführt werden können.

Der Standpunkt des IPCC, wonach es keinen Zusammenhang zwischen Klimawandel und extremen Wetterereignissen gibt, steht im Widerspruch zu den fast täglichen Schlagzeilen in den Mainstream-Medien, die bestimmte ungünstige Wetterereignisse dem „Klimawandel“ zuschreiben. Die Arbeit der renommierten Klimapolitik-Analysten [Steve Koonin](#) und [Roger Pielke Jr.](#) hat viel dazu beigetragen, den pseudowissenschaftlichen Charakter der so genannten „Attributionsstudien“ zu entlarven. In der Regel wenden Forscher ihre Klimamodelle und historischen Beobachtungen an, um zu dem Schluss zu kommen, dass ein bestimmtes Wetterereignis (z. B. ein Hurrikan oder eine Dürre) aufgrund des „menschlichen Einflusses“ (der sich auf die Verbrennung fossiler Brennstoffe bezieht) „wahrscheinlicher“ oder „schwerwiegender“ geworden ist, und zwar um einen bestimmten Prozentsatz.

Basierend auf den zweifelhaften Behauptungen der „Attributions-Wissenschaft“ hat die Gouverneurin von New York Kathy Hochul letzte Woche ein Klimagesetz [unterzeichnet](#), das von den im Bundesstaat New York tätigen Unternehmen, die für große Mengen der die Erde erwärmenden Verschmutzung verantwortlich sind, einen Beitrag zur Behebung von Klimaschäden verlangt. Das neue Gesetz sieht vor, dass Unternehmen, die für den Großteil der Emissionen zwischen 2000 und 2018 verantwortlich sind, in den nächsten 25 Jahren jährlich rund 3 Milliarden Dollar zahlen müssen.

Steve Koonin zitiert die Weltorganisation für Meteorologie mit der Feststellung, dass „ein einzelnes Ereignis, wie z. B. ein tropischer Wirbelsturm, beim gegenwärtigen Stand der Wissenschaft nicht auf den vom Menschen verursachten Klimawandel zurückgeführt werden kann.“ Im [„Sonderbericht über Extremereignisse“](#) des IPCC heißt es: „Viele Wetter- und Klimaextreme sind das Ergebnis natürlicher Klimaschwankungen... Selbst wenn es keine anthropogenen Klimaveränderungen gäbe, würde immer noch eine große Vielfalt natürlicher Wetter- und Klimaextreme auftreten.“

Nichtsdestotrotz werden internationale Organisationen wie die Weltbank und der IPCC zunehmend politisiert, um die Klimahysterie zu bedienen. In diesem Zusammenhang stellt Chris [Morrison](#) von The Daily Sceptic fest, dass „es immer mehr Stimmen gibt, die befürchten, dass der Weltklimarat seine derzeitige Feststellung, dass fast alle Arten von extremen Wetterereignissen wenig oder gar keine Anzeichen für eine menschliche Beteiligung in der Vergangenheit aufweisen, abschwächen oder sogar bis zum Jahr 2100 verwerfen könnte.“

Die Internationale Energie-Agentur

Am 23. Dezember veröffentlichte US-Senator John Barrasso (R-WY), ranghöchstes Mitglied des Senatsausschusses für Energie und natürliche Ressourcen, einen Bericht, der dokumentiert, wie sich die Internationale Energieagentur „von ihrer Aufgabe der Energiesicherheit entfernt hat und zu einem Jubel-Organ der ‚Energiewende‘ geworden ist“. Der Bericht stellt fest, dass „die Beobachtung des französischen Präsidenten Macron, dass die IEA zum ‚bewaffneten Flügel für die Umsetzung des Pariser Abkommens‘ geworden ist, bedauerlicherweise zutreffend ist. Angesichts der vielen ernststen Herausforderungen, vor denen die Welt im Bereich der Energiesicherheit steht, sollte die IEA jedoch kein parteiischer Cheerleader sein. Was die Welt von der IEA braucht – und derzeit nicht bekommt – sind nüchterne und unvoreingenommene Analysen und Prognosen, die politische Entscheidungsträger und Investoren aufklären und informieren. Die IEA muss sich darauf besinnen, warum sie gegründet wurde, und zu ihrer Aufgabe der Garantie der Energiesicherheit zurückkehren.“

Die Abweichung der IEA von ihrer ursprünglichen Aufgabe, die politischen Entscheidungsträger in ihren Mitgliedsländern mit fundierten Analysen der Trends bei der globalen Energieversorgung und -nachfrage zu beraten, hin zu einem „Cheerleader“ für radikale Netto-Null-Emissionsziele ist in den letzten Jahren nicht unbemerkt geblieben. Über den ideologischen Ansatz, den die IEA bei ihrem Eintreten für grüne Anliegen verfolgt, habe ich [hier](#) sowie [hier](#) und [hier](#) geschrieben.

Als die Organisation im Mai 2021 einen Aufruf zur Einstellung aller künftigen Investitionen in die Entwicklung fossiler Brennstoffressourcen veröffentlichte, schrieb ich [Folgendes](#):

Einen Monat ist es her, dass die Internationale Energieagentur (IEA) –

das Gremium der Energieberatung der reichen Welt, das im Zuge des Ölpreisschocks von 1973 gegründet worden war – ihren erstaunlichen [Bericht](#) veröffentlicht hat, in dem sie dazu aufruft, ab 2021 keine neuen Investitionen mehr in Öl und Gas (geschweige denn in Kohle) zu tätigen. Wie erwartet hat der „Fahrplan“ der IEA eine breite Medienberichterstattung und heftige Reaktionen hervorgerufen, die von überschwänglicher [Unterstützung](#) seitens derer, die von einem „Klimanotstand“ überzeugt sind, bis hin zu offener Ablehnung reichen, wie im Fall des saudischen [Ölministers](#), der den Bericht als Fortsetzung von „La La Land“ bezeichnete.

Wenn ideologische Lobbyarbeit zum Maßstab für die Leistung der IEA wird, ist der Verlust an Glaubwürdigkeit und Solidität ihrer politischen Beratung nur zu erwarten. Der messianische Eifer der IEA für grüne Technologien wie Solar- und Windenergie, „grünen“ Wasserstoff, Batterien und Elektrofahrzeuge hindert sie daran, grundlegende Fragen zu stellen. Wenn es stimmt, dass eine drastische Reduzierung der fossilen Brennstoffe mit einem höheren Wirtschaftswachstum und mehr produktiver Beschäftigung einhergeht, warum empfiehlt die IEA dann den politischen Entscheidungsträgern, die Länder auf einen „Netto-Null“-Pfad zu zwingen? Wenn der Ersatz fossiler Brennstoffe durch Wind- und Solarenergie und Elektrofahrzeuge Wachstum und Beschäftigung fördert, würden sich Länder wie China und Indien dann nicht von selbst auf diese beste aller möglichen Welten zubewegen, ohne teure grüne Subventionen und strafende Anti-Fossilbrennstoff-Politik?

Die Trump'sche Revolution zeichnet sich ab

Gemeinnützige Organisationen reflektieren die Bedürfnisse ihrer finanzierenden Mitglieder, und Organisationen wie die Weltbank, der IPCC und die IEA sind da nicht anders. Da sie hauptsächlich von den USA und der EU finanziert werden, ist es nicht überraschend, dass sie die „Klimanotfall“-Vorlieben der Biden- Regierung und der größtenteils linkssozialistischen westeuropäischen Regierungen zum Ausdruck bringen, die den Klimawandel als existenzielle Bedrohung und nationale Sicherheitspriorität betrachten. Indem sie den Mantel der grünen Lobbyarbeit im Namen ihrer Zahlmeister übernommen haben, haben diese Organisationen jede Glaubwürdigkeit als unabhängige und objektive Berater ihrer Mitgliedsländer verloren.

Der klimaindustrielle Komplex fürchtet die Aussicht, dass die Trump-Regierung zum zweiten Mal aus dem Pariser Abkommen aussteigt. Politico, ein zuverlässiges Sprachrohr des Klima-Establishments, äußerte diese [Befürchtungen](#) kurz nach Trumps Wahlsieg: „Die Welt macht sich darauf gefasst, dass der designierte Präsident Donald Trump die USA zum zweiten Mal aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen lässt – nur dieses Mal könnte er schneller und mit weniger Zurückhaltung handeln.“ In Europa wurde das [Aufkommen](#) populistischer Parteien zum Teil durch die weit verbreitete [Ablehnung](#) der EU-Bürger gegenüber den lästigen steuerlichen Belastungen durch die grüne Politik vorangetrieben.

Der seismische Richtungswechsel, den eine zweite Amtszeit der [Trump-Regierung](#) für den globalen Klimamagneten verspricht – vertreten durch die drei führenden internationalen Agenturen, über die wir hier berichten – kann nur als Hoffnungsträger für positive Entwicklungen in der Energiepolitik im Jahr 2025 angesehen werden.

Dr. Tilak K. Doshi is an economist, a former contributor to Forbes and a member of the CO₂ Coalition. Follow him on [Substack](#) and [X](#).

This article was originally published by RealClearEnergy and made available via RealClearWire.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/01/06/the-climate-agendas-march-through-the-institutions-can-it-be-stopped/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE